

Mario Candeias / Alex Demirović (Hrsg.)

Europe – what's left?

Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus
und demokratischer Erneuerung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Vorwort

„Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links: wie weiter mit Europa?“ hieß eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13. und 14. November 2015 in Berlin. Der vorliegende Band versammelt zahlreiche Texte, die dort zur Diskussion gestellt wurden. Seither unterliegen die Verhältnisse in Europa einer teilweise atemberaubend hohen Veränderungsdynamik, in der Regel nicht zum Guten.

Das Jahr 2015 hatte am 25. Januar hoffnungsvoll mit dem Erfolg von Syriza bei den griechischen Parlamentswahlen und der Ernennung von Alexis Tsipras zum neuen griechischen Ministerpräsidenten begonnen. Damit wurde den Protesten der griechischen und europäischen Bevölkerung gegen die Austeritätspolitik von einer Regierung und auf der offiziellen politischen Bühne der EU Ausdruck verliehen. Sehr schnell wurde jedoch klar, daß die Euro-Gruppe, die EZB, die Kommission und die deutsche Regierung nicht bereit waren, das demokratische Votum für eine linke Alternative zu akzeptieren. Mit massivem Druck – vor allem mit den Mitteln der Kreditgewährung – und gegen jede wirtschaftliche Rationalität wurden die Spielräume der griechischen Regierung immer weiter eingeschränkt und die Umsetzung der Vorgaben der „Troika“ erzwungen. Ausdrücklich wurde in den Medien und von Politikberatern als Ziel festgehalten, zu verhindern, dass in Griechenland die linke Regierung Erfolg hätte und damit zu einem Modell auch für Spanien und Portugal, im Weiteren auch für Frankreich oder Italien werden könnte. Befürchtet wurde von den starken neoliberalen Kräften, dass ihre austeritätspolitischen Maßnahmen nicht länger durchsetzbar sein könnten, die die Bedingungen der Kapitalverwertung verbessern sollen. Neben fiskal- und haushaltspolitischen Zielen ging es um die Privatisierung öffentlichen Eigentums, um den Abbau sozialstaatlicher Institutionen, um die Deregulierung des Arbeitsmarkts: Schwächung der Gewerkschaften, Lockerung des Kündigungsschutzes, Absenkung der Löhne, Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Es wurde deutlich, daß eine linke Politik allein auf nationaler Ebene und auf der Grundlage eines vergleichsweise ökonomisch und politisch schwachen Landes wie Griechenland kaum erfolgreich gegen die großen Länder und die EU-Institutionen durchgesetzt werden könnte, wenn sie keine Unterstützung finden würde. Von der Sozialdemokratie in Deutschland war sie ohnehin nicht zu erwarten; aber auch François Hollande und Matteo Renzi erwiesen sich nicht als solidarisch und hilfreich, sondern ordneten sich der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Politik unter. Die Erwartung, daß die südeuropäisch-mediterranen Mitgliedsstaaten eine Art politischen Block bilden könnten, wurde enttäuscht.

Für Renzi und Hollande sowie ihre Parteien hat sich dies nicht ausgezahlt, ihre Politik stieß auf enorme Proteste in der Bevölkerung, ein Teil hat sich weiter nach rechts orientiert, der PS wird bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich verlieren, Renzi hat das Referendum über eine Verfassungsreform bereits verloren.

Tsipras hatte sich für seine gegen die Auflagen der europäischen Institutionen gerichtete Politik mit dem OXI-Referendum vom 5. Juli 2015 noch einmal die Unterstützung durch die griechische Bevölkerung geholt. Diese hat er zwar erhalten, doch das Votum war ambivalent: die Bevölkerung war gegen die Auflagen, aber wollte ebensowenig einen Austritt aus der Euro-Zone wie aus der EU. Am 20. September erklärte sich Tsipras bereit, ein drittes Memorandum zu unterzeichnen und die Auflagen der „Troika“ zu erfüllen. Wie dieser Vorgang zu bewerten sei, war Gegenstand konfliktreicher Diskussionen in der europäischen Linken. Doch ob es sich um eine Niederlage oder ein komplexes taktisches Manöver handelte, das durchaus noch Möglichkeiten für eine linke Politik enthält – der europäischen Linken wurde drastisch vor Augen geführt, dass der Euro ein gesellschaftliches Verhältnis mit zwingender Macht ist und die Machtverhältnisse insgesamt transnationalisiert sind. Spielräume für eine linke Politik innerhalb der Euro-Zone sind denkbar gering, die Kontrollmechanismen der europäischen Institutionen sehr wirkungsvoll. Die politische Willensbildung auf nationaler Ebene, die Bedeutung des Parlaments und die Entscheidungshoheit der gewählten Regierungen werden durch eine Vielzahl von politischen Regelungen und Kontrollmechanismen auf europäischer Ebene stark eingeschränkt, die in den verschiedenen Maßnahmenpaketen wie Two-Pack, Six-Pack, Europäisches Semester verabschiedet wurden: Schuldenbremse, Defizitziele, Prüfung der einzelstaatlichen Haushalts durch die Kommission, Privatisierung oder Deregulierung.

Auf europäischer Ebene war linke Politik nicht erfolgreich durchzusetzen, gleichzeitig jedoch wurde die nationalstaatliche Grundlage demokratischer Prozesse geschwächt. Für die Linke ergab sich daraus eine widersprüchliche Einschätzung: Erneuerung Europas bis hin zu einer neuen Konstitution oder aber Rückkehr zum Nationalstaat und nationalen Währungen. „Europe? What’s left...?“ hieß ein europäischer Strategie-Ratschlag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni 2016. Hier sollten verbindende Perspektiven und Praxen entwickelt werden, um Spaltungen der gesellschaftlichen Linken zu überwinden – ein zäher Prozess.

Aufgrund der beharrlich und gegen den Widerstand der Bevölkerungen verfolgten und erzwungenen neoliberalen Politik kam es einigen Ländern zu einer erheblichen Verschärfung der rechtlichen und polizeilichen Maßnahmen

gegen die Proteste. Vor dem Hintergrund der Anschläge auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt am 7. und 8. Januar 2015 wurde aufgrund der Anschlagsserie am 13. November 2015, die unmittelbar auch die Diskussionen der Tagung überschattete, in Frankreich der Notzustand ausgerufen und das Demonstrationsrecht drastisch eingeschränkt. Darüber hinaus zeichnen sich Elemente einer autoritärstaatlichen Entwicklung aufgrund der Erfolge von autoritär-populistischen Parteien und Regierungen ab. In Ungarn und in Polen werden die Medien und die Justiz von den Regierungen in besonderer Weise drangsaliiert und unter Kontrolle gebracht. Mit einer Politik der Grenzsicherungen und -kontrollen als Maßnahmen gegen Asylsuchende und Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, die seit 2014 vermehrt in die EU kommen, werden vor allem nationalstaatliche Kontrolldispositive wieder gestärkt und damit rechten politischen Forderungen entsprochen. In einer Reihe von Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Niederlande, Finnland, Schweden, Dänemark, Österreich sind autoritär-populistische Parteien sehr erfolgreich. In Großbritannien konnte sich UKIP und der ultra-rechte Flügel der Tories mit ihrer Forderung nach einem Brexit durchsetzen. In der Bundesrepublik konnte die Alternative für Deutschland mit teilweise beachtlichen Ergebnissen in einige Landtage und schon 2014 ins Europa-Parlament einziehen. Alle diese Parteien stehen für eine Auflösung der Europäischen Union und eine Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität und nationalen Währungen. Diese Tendenz wird verstärkt durch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Er begrüßte die Entscheidung der Briten vom Juni 2016, die EU zu verlassen und plädierte auch für die Auflösung der Union.

Die europäische Kommission, die deutsche und die französische Regierung reagieren auf diese Entwicklungen besorgt. Die deutsche Kanzlerin sagte nach der Wahl von Trump Kooperation zu, verband sie aber gleichzeitig mit der Bedingung, daß sie nur auf der Grundlage der Werte von Demokratie, Freiheit, Würde unbesehen der Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts und der sexuellen Orientierung stattfinden könne. Doch ist es eher unwahrscheinlich, daß dieses Bekenntnis selbst die Grundlage eines neuen Kompromisses sein kann. Denn die von der deutschen Regierung so massiv verfolgte Austeritätspolitik hat gerade die Bereitschaft, ein solches Bekenntnis von Seiten der Regierenden zur Demokratie und demokratischen Lebensverhältnissen ernst zu nehmen, geschwächt. Die Glaubwürdigkeit ist gering – zumal es sich weiterhin unmittelbar mit der Fortsetzung der Freihandelspolitik und TTIP sowie dem Ausbau der NATO verbindet nach dem Motto: Europa müsse nun erwachsen werden und selbst für seine Sicherheit sorgen. Eine gewisse Überzeugungskraft könnten solche

Sorgen nur erlangen, wenn Deutschland tatsächlich seine Wirtschaftspolitik grundlegend revidieren würde: stärkere Investitionen im Inland, Abrücken vom Fetisch der Wettbewerbsfähigkeit, Ausbau der sozialen Infrastrukturen, radikale Umverteilung und Weitergabe der Produktivitätsfortschritte an die Bevölkerung durch höhere Einkommen, Senkung der Arbeitszeiten, bessere Ausbildung, größere sozialstaatliche Abfederung von Arbeitsmarktrisiken; und wenn demokratische Beteiligungsrechte auf allen Ebenen und in den unterschiedlichen Institutionen stabilisiert und gestärkt würden.

Das bürgerliche Lager selbst ist gespalten. Es gibt die proeuropäischen Kräfte, die durchaus neoliberal weiter machen wollen wie bisher. Es gibt andere, die die Notwendigkeit zu einer sozialen Kurskorrektur sehen. Neben proeuropäischen Kräften gibt es starke, autoritär-populistische Kräfte, die Abstand von der EU nehmen und ihrerseits für einen Austritt aus der EU eintreten. Die EU und die europäischen Staaten werden noch weiter unter Druck geraten, wenn Trump und Putin tatsächlich eine neue Allianz eingehen sollten. Denn dann kann auch Putin noch weit mehr auf die politischen Entwicklungen in der EU Einfluss nehmen als dies jetzt schon der Fall ist durch Kontakte mit dem Führungspersonal rechter Parteien wie FPÖ oder FN und deren finanzielle Unterstützung, durch die mediale Propaganda über Fernsehen und soziale Medien, die vor allem in russlanddeutsche Kreise hinwirkt, oder die durchaus wahrscheinliche Einflussnahme auf Wahlen mittels Hackerangriffen. Die Entwicklungen in der Türkei seit Sommer 2016 setzen nicht nur dort direkt die Demokratie außer Kraft, indem die Presse- und Wissenschaftsfreiheit beseitigt wird und relevante Kräfte der Opposition inhaftiert wurden. Bemerkenswert ist ja auch, wie die türkische Regierung zielstrebig Verwirrung über den Bedeutungsgehalt von Demokratie betreibt und damit auch Einfluss auf die deutsch-türkischen Lebenszusammenhänge nimmt.

Die gesamte Konstellation ist von zahlreichen Widersprüchen durchzogen. Auch die Linke ist gespalten und steht vor erheblichen konzeptionellen und strategischen Problemen. Angesichts der jüngeren Erfahrung, aber auch, weil die EU historisch wenig demokratisch war, den Kapitalinteressen und vor allem den Interessen weniger Mitgliedsländer diente, gibt es viele Vorbehalte gegen die EU. Viele linke Parteien, Bewegungsorganisationen und linke Intellektuelle betrachten die EU mit Skepsis und können sich eine Rückkehr zum Nationalstaat vorstellen, weil hier die Handlungsfähigkeit als größer eingeschätzt wird. Aus historischen Gründen unterstützen andere Teile der Linken eine Fortsetzung und Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses. Ein wichtiges Moment ist das der Friedenssicherung, auch wenn die NATO und EU-Mitgliedsländer die

Vereinbarungen mit Russland gebrochen haben, keine Truppen in den früheren Staaten des Warschauer Paktes zu stationieren. Vor allem auch die Perspektive eines internationalistischen Entwicklungs- und Demokratisierungsprojekts gilt weiterhin als verlockend. Entsprechend gibt es zahlreiche Vorschläge, die von Reformen, partiellen Rücknahmen der EU-Regelungswerke über eine demokratische Erneuerung bis zu einer demokratischen Neugründung der EU reichen. Das vorliegende Buch will den Stand der Analysen zur Entwicklung der EU in der Krise und zur Diskussion um linke Strategien zusammenführen und fragt eben im doppeldeutigen Sinn: „Europe? What’s left ...?“

Mario Candeias, Alex Demirović